
BEGUTACHTETE ARTIKEL

**Progressive Industriepolitik –
Ein Ausweg für Europa!?¹**

Julia Eder, Etienne Schneider

1. Das Comeback der Industriepolitik

Während der letzten zehn Jahre erlebte Industriepolitik ein beeindruckendes Comeback im öffentlichen Diskurs² und wurde an die Spitze der EU-Agenda gesetzt.³ Industriepolitik spielte eine Schlüsselrolle in der Wirtschaftspolitik der ersten Dekaden der Nachkriegsperiode. Auch danach wurden in den meisten Ländern des globalen Nordens und in vielen Ländern des globalen Südens industriepolitische Maßnahmen gesetzt, allerdings weniger sichtbar und mit einem anderen Fokus als zuvor. Mit dem Aufstieg des Neoliberalismus verschwand Industriepolitik schließlich in den meisten Ländern des Nordens aus dem politischen Diskurs. Im globalen Süden sorgten die Strukturanpassungsprogramme des „Washington-Consensus“ für eine effektive Beseitigung industriepolitischer Eingriffe. Aus neoliberaler Perspektive wurde Industriepolitik als Inbegriff einer willkürlichen, proaktiven, interventionistischen, teils sogar „proto-sozialistischen“ Wirtschaftspolitik interpretiert, welche die effizienten und sich selbst regulierenden Märkte „verzerre“ und anfällig für „Regierungsversagen“ sei.⁴

Der wahrscheinlich wichtigste Grund für die Rückkehr von Industriepolitik war die Erfahrung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007:⁵ Insgesamt wurden stark finanzialisierte Wirtschaften von der Krise härter getroffen als jene mit einer starken industriellen Basis.⁶ Während noch in den 2000er-Jahren Volkswirtschaften mit großem Dienstleistungssektor und hohen Wachstumsraten wirtschaftlich als Musterbeispiel galten, wurde Deutschland als „kranker Mann Europas“ bezeichnet. Heute herrscht die entgegengesetzte Sichtweise vor. Vor diesem Hintergrund wurde die Attraktivität von Visionen wie der „postindustriellen Gesellschaft“ zunehmend infrage gestellt. Neuere Untersuchungen greifen das nicht unbedingt neue, aber zwischenzeitlich aus der Diskussion verdräng-

te Argument wieder auf, dass der industrielle Sektor innovativer ist und dort im Durchschnitt höhere Löhne bezahlt werden als im Dienstleistungssektor mit häufig prekären Beschäftigungsverhältnissen.⁷ Zudem wird der industrielle Sektor als potenzielle Quelle für Wachstum und Beschäftigung im Kontext verbreiteter wirtschaftlicher Stagnation bei der Suche nach einem neuen Modell kapitalistischer Entwicklung gesehen.⁸ Dies regte die Europäische Kommission dazu an, aktiv das Ziel der Erhöhung des Anteils des industriellen Sektors am EU-BIP von 15 auf 20% zu verfolgen. Zugleich hat die wachsende Weltmarktkonkurrenz von China und anderen Schwellenländern zu einem Umdenken mit Blick auf die Bedeutung der Bewahrung industrieller Kapazitäten in den europäischen Kernökonomien geführt.⁹ Nicht zuletzt wurde die Diskussion über Industriepolitik im Rahmen der Debatte über eine Transition zu einer nachhaltigen Wirtschaft wiederbelebt, insbesondere in der deutschen „Energiewende“.¹⁰

Vor diesem Hintergrund sind in den vergangenen Jahren viele Beiträge zum Wiederaufleben von Industriepolitik erschienen. In einigen wurde auch die Forderung einer „progressiven“ Industriepolitik formuliert, welche aktiv von verschiedenen linken Organisationen und *Think tanks* unterstützt wurde. Ein spezielles Anliegen dieser Beiträge ist die Überwindung der ökonomischen Asymmetrien und der ungleichen Entwicklung in Europa. Diese Rückbesinnung auf Industriepolitik ist überraschend, war doch die Haltung der Linken zu Industriepolitik während der letzten Dekaden durch verschiedene Vorbehalte gekennzeichnet. Auf der einen Seite wurde Industriepolitik als inadäquat zur Bearbeitung der ökologischen Krise betrachtet, weil dies weniger und nicht mehr Industrie erfordere.¹¹ Auch wurde bezweifelt, dass Industriepolitik im aktuellen Kontext von rascher technologischer Innovation und Digitalisierung noch zu einer signifikanten Erhöhung der Vollzeitbeschäftigungsmöglichkeiten in der Verarbeitungsindustrie führen könne. Auf der anderen Seite kann Industriepolitik aus einer feministischen Perspektive leicht mit dem Ziel der Erhaltung und Ausweitung von klassischen fordistischen Arbeitsbeziehungen in Verbindung gebracht werden, wodurch die überwiegend männlichen Beschäftigten des industriellen Sektors als Haupternährer in der Familie gefördert und weibliche Tätigkeiten im Dienstleistungs- und Sorgebereich vernachlässigt werden.

Diese Vorbehalte neigen aus unserer Sicht jedoch zu einem Missverständnis der Reichweite und der Funktion von Industriepolitik und des industriellen Sektors allgemein. Erstens ist Industriepolitik nicht synonym mit Reindustrialisierung, also mit der Ausweitung des industriellen Sektors *per se*. Vielmehr zielt sie auf die Umsetzung von Politiken, die strukturellen Wandel im industriellen Sektor befördern sollen. Industriepolitik steht einer Bearbeitung der ökologischen Krise nicht *per se* entgegen, sie ist vielmehr unverzichtbar, um einen strukturellen Wandel und die Überwindung nicht

nachhaltiger industrieller Produktionsformen im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation voranzutreiben. Zweitens muss jede progressive Politik, die die öffentliche soziale Infrastruktur (wie den Gesundheits- und Pflegesektor oder den öffentlichen Nahverkehr) ausweiten und verbessern will, Ressourcen aus anderen Sektoren in diese Bereiche umlenken. Demzufolge schließen sich eine geschlechtersensible Industriepolitik (siehe unten) sowie die Verbesserung sozialer und Betreuungsdienstleistungen auf der einen Seite und die Förderung industrieller Entwicklung auf der anderen Seite nicht wechselseitig aus, sondern bedingen einander. Und letztlich ist Industriepolitik aus linker Sicht auch deshalb unverzichtbar, weil sie entscheidende Instrumente zur Überwindung von globaler Ungleichheit und den vorherrschenden ökonomischen Asymmetrien zwischen Kern und Peripherien in Europa bereitstellt.

Daher ist die aufkommende Debatte über progressive Industriepolitik in Europa außerordentlich wichtig. Jedoch ist unser Eindruck, dass die Bedeutung von „progressiv“ bisher nur unzureichend definiert wurde. So verwendet eine Reihe unterschiedlicher Ansätze dieses Etikett. Aus diesem Grund beschäftigt sich dieser Artikel mit der Frage: Was macht Industriepolitik tatsächlich progressiv? Es handelt sich insofern in erster Linie um einen Reflexionsartikel, der Impulse für vertiefende empirische Untersuchungen geben soll. Nach der Einführung der grundlegenden Argumente und der Vorschläge in der aktuellen Debatte zu progressiver Industriepolitik werden wir drei spezifische Beiträge leisten: Erstens ergänzen wir die aktuelle Debatte um die Dimension der politischen Durchsetzungsfähigkeit sowie die Frage der Machtbeziehungen und Hegemonie (Abschnitt 3). Zweitens beginnen wir, häufig verwendeten Schlagwörtern der aktuellen Diskussion wie Nachhaltigkeit, ArbeiternehmerInnenbeteiligung, demokratischer Partizipation und Geschlechtersensibilität einen konkreteren Inhalt zu geben (Abschnitt 4). Und drittens diskutieren wir vor dem Hintergrund der Zentrum-Peripherie-Konstellation innerhalb der EU, was die aktuelle Debatte von Erfahrungen aus dem globalen Süden lernen kann, zum Beispiel in Hinblick auf strategischen Protektionismus und Süd-Süd-Kooperation (Abschnitt 5). Dabei problematisieren wir auch die Konflikte, die aus sich (möglicherweise) widersprechenden Zielen ergeben können, besonders zwischen Beschäftigungsförderung durch industrielles Wachstum und sozial-ökologischer Transformation sowie zwischen eigenständiger Entwicklung und technologischem Aufholbedarf der Peripherie.

Zuvor eine kurze Anmerkung zur Definition von Industriepolitik: Obwohl es verschiedene, sehr breite Definitionen von Industriepolitik gibt, die vor allem im globalen Norden vorherrschen und praktisch jede Art von gezielter Wirtschaftspolitik als Industriepolitik bezeichnen, scheint es uns sinnvoll, uns in diesem Artikel auf eine engere Definition zu stützen. Dieses Verständnis von Industriepolitik ist stärker im globalen Süden anzutreffen

und grenzt Industriepolitik auf Politiken ein, die vorrangig und vorsätzlich strukturellen Wandel im industriellen Sektor fördern.

2. Progressive Industriepolitik für Europa

Die aktuelle Debatte über progressive Industriepolitik in Europa wird einerseits von gewerkschaftlichen Organisationen vorangetrieben, insbesondere vom Europäischen Gewerkschaftsbund¹² und vom Deutschen Gewerkschaftsbund.¹³ Andererseits haben verschiedene Organisationen und *Think tanks* der gesellschafts- und parteipolitischen Linken Publikationen zu diesem Thema herausgegeben. Zum Beispiel haben die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Euromemo und *transform! europe* explizit eine „alternative“¹⁴, „linke“¹⁵ oder „progressive“¹⁶ Industriepolitik für die EU gefordert. In diesen Beiträgen wird Industriepolitik – falls sie progressiv gestaltet und umgesetzt wird – als vielversprechende wirtschaftspolitische Alternative zur dominanten, austeritätsgetriebenen Krisenpolitik gesehen, um die Ungleichgewichte in EU und Eurozone zu reduzieren und das Gewicht des Finanzsektors gegenüber der „Realwirtschaft“ zurückzudrängen.¹⁷

Ein EU-weiter Investitionsplan, finanziert von Institutionen wie der Europäischen Investitionsbank (EIB) und dem Europäischen Strukturfonds, stellt in vielen Vorschlägen das Rückgrat einer progressiven Industriepolitik dar.¹⁸ In diesem Punkt gehen die Vorschläge zunächst nicht signifikant über den Juncker-Plan und andere bereits existierende Vorschläge der Europäischen Kommission hinaus. Sie setzen sich lediglich für die Bereitstellung umfangreicherer Ressourcen für das Industrialisierungsprogramm, für die Senkung der Zinsen für Langzeitinvestitionen und/oder für eine bessere Koordination mit industriepolitischen Programmen der Mitgliedsstaaten ein.¹⁹

Eine größere Abweichung von der bereits existierenden europäischen Investitionsstrategie stellt erstens der Aufruf für Investitionen in „grüne“ Produktion dar, der eine prominente Rolle in der aktuellen Debatte zu progressiver Industriepolitik spielt. Diese Forderung umfasst Investitionen in energieeffiziente und erneuerbare Energien (besonders Übertragungs- und Verteilnetzwerke).²⁰ Außerdem sehen die Vorschläge den Aufbau einer europäischen Wertschöpfungskette für E-Mobilität vor, um eine europäische Führungsrolle und europäische Champions in diesen (und anderen) industriellen Sektoren zu fördern,²¹ und formulieren mitunter auch die Forderung nach einer Rückverlagerung der ausgelagerten Fertigungsschritte nach Europa.²²

Zweitens plädieren viele Beiträge für eine europäische Investitionsstrategie explizit mit dem Ziel, die Ungleichgewichte zwischen verschiedenen Regionen und Ländern in der EU zu verringern, sprich „durch strategische

industriepolitische Maßnahmen in den peripheren Ländern der EU das Produktivitätswachstum stärken“, um deren „Produktionskapazitäten wiederaufzubauen und die Wettbewerbsfähigkeit der Defizitländer zu verbessern“. ²³ Drittens argumentieren viele Vorschläge für eine zentrale Rolle von Beschäftigten in der Industriepolitik. Dabei geht es nicht nur um die Betonung der Bedeutung von Lohnerhöhungen als Nachfragefaktor oder um die Einforderung eines strengeren Schutzes des EU-Binnenmarktes gegen sogenannte Dumpingmethoden. ²⁴ Auch die Fragen von Arbeitsplatzhaltung und ArbeitnehmerInnenmitbestimmung im Rahmen des Übergangs zu einer „grünen“ Produktion und der Digitalisierung werden angesprochen. ²⁵ Manche Beiträge fordern sogar eine „demokratische“ Industriepolitik durch starke ArbeitnehmerInnenbeteiligung, d.h. eine Industriepolitik, deren strategische Entscheidungen auf „demokratischer Beratung“ basieren. ²⁶

Der bislang umfangreichste und detaillierteste Entwurf für eine progressive Industriepolitik wurde von Pianta et al. (2016) mit ihrer Studie „What is to be produced – The Making of a New Industrial Policy for Europe“ für die Rosa-Luxemburg-Stiftung entwickelt. Pianta et al. (2016, S. 25ff.) präsentieren einen „Dekalog“ für progressive Industriepolitik, der folgende Kernpunkte enthält: 1) statische Effizienz (optimaler Nutzen der verfügbaren Ressourcen), 2) dynamische Effizienz (Aufbau neuer Sektoren mit dem gewünschten Wachstumspotenzial), 3) Demokratie und Machtdiffusion, 4) Entwicklung angemessener Technologien, 5) Begrenzung des Finanzsektors, 6) Abrüstung, 7) Förderung von Beschäftigung, 8) Verbesserung der ökologischen Nachhaltigkeit, 9) faire Verteilung der Gewinne und 10) Ausgleich der ungleichen regionalen Entwicklung in Europa.

Die grundlegende Stoßrichtung des Beitrags besteht darin, die Nachfrage zu erhöhen und den strukturellen Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben, um ökologischen Wandel zu fördern, ein Gleichgewicht zwischen öffentlichen und privaten Aktivitäten zu erreichen und die europäische Kohäsion zu fördern. Pianta et al. schlagen vor, Aktivitäten in den Bereichen von Umwelt und Energie, Informations- und Computertechnologien sowie Gesundheit und Wohlfahrt zu priorisieren. Zu diesem Zweck plädieren sie für den Einsatz traditioneller Werkzeuge der Industriepolitik, die hauptsächlich auf starker Staatsaktivität basieren. Unternehmen und Organisationen in öffentlichem Eigentum oder unter staatlicher Kontrolle sollten eine Schlüsselrolle spielen, während staatliche Institutionen die industriepolitischen Projekte finanzieren. Staatlich finanzierte Forschung und Entwicklung ergänzen die Unterstützung von besonders dynamischen Unternehmen. Zudem gelten öffentliche Beschaffungsprogramme und die Schaffung eines passenden institutionellen Kontextes als zentral. ²⁷

Die skizzierten Ansätze stellen wichtige Beiträge zur Diskussion über

progressive Industriepolitik dar. Dennoch sind wir der Ansicht, dass die damit verbundenen Vorschläge Schwachstellen in drei zentralen Bereichen aufweisen:

1.) Sie vernachlässigen die Frage der Hegemonie und der Kräfteverhältnisse, die Industriepolitik formen und stützen.

2.) Die Rolle von ArbeitnehmerInnen und die Ausgestaltung von Prozessen wie der sozial-ökologischen Transformation und demokratischer Inklusion werden nicht näher bestimmt – und Geschlechterverhältnisse so gut wie gar nicht erwähnt.

3.) Der Umgang mit (ungleicher) Entwicklung und der asymmetrischen innereuropäischen Arbeitsteilung werden entweder übergangen oder unzureichend behandelt.

Im übrigen Artikel werden wir jeden dieser Punkte im Detail diskutieren.

3. Soziale Kräfteverhältnisse und Hegemonie – Zur politischen Durchsetzungsfähigkeit von Industriepolitik

Vermutlich eines der größten Defizite der aktuellen Debatte zu progressiver Industriepolitik ist die fehlende Sensibilität für die Bedingungen der politischen Durchsetzungsfähigkeit von progressiver Industriepolitik. Pianta et al. (2016, S. 63) äußern sich zum Beispiel zwar kritisch zu „intransparenten Beziehungen zwischen wirtschaftlichen und politischen Machtelementen“, die „den Spielraum für Demokratie“ beschränken und weisen auf die Bedeutung politischer Kräfteverhältnisse hin. Jedoch adressieren sie nicht direkt die Frage, wie unterschiedliche Fraktionen der Kapital- und ArbeitnehmerInnenseite darum ringen, ihre jeweiligen Interessen durch industriepolitische Strategien durchzusetzen. Somit sind viele Vorschläge der Debatte zu progressiver Industriepolitik ausgesprochen wichtig, aber sie werden letztendlich zahnlos bleiben, wenn sie in einem Vakuum außerhalb bestehender sozialer Kräfteverhältnisse und Hegemonie konzipiert werden, wie insbesondere Whitfield et al. (2015) und Raza et al. (2016) überzeugend argumentieren.

Die Erfolgchancen industriepolitischer Strategien hängen nicht nur von wirtschaftlichem Sachverstand, sondern mindestens genauso stark von der richtigen Einschätzung politischer Konstellationen und Klassenkompromisse ab – gerade im Falle von progressiver Industriepolitik, die ja auf einen besonders tiefgreifenden strukturellen Wandel der Ökonomie abzielt. Industriepolitik bringt notwendigerweise Konflikte zwischen verschiedenen sozialen Klassen und unterschiedlichen Kapitalfraktionen hervor.²⁸ Als Faustregel gilt, dass „je treffsicherer die industriepolitischen Eingriffe sind und je leichter sich daher auch die Gewinner und Verlierer identifizieren lassen, desto eher werden sie unmittelbare Konflikte provozieren“.²⁹

Um mehr zu sein als eine bloße Wunschliste, muss progressive Industriepolitik drei zentrale, aber notwendigerweise relativ abstrakte – weil nach dem spezifischen Kontext variierende – Aspekte in Betracht ziehen, die für die politische Durchsetzungsfähigkeit von Industriepolitik ausschlaggebend sind.

Erstens impliziert das bestehende Produktionssystem eines Wirtschaftsraums und dessen internationale Einbettung eine spezifische Konfiguration von gesellschaftlichen Interessen und Kapitalfraktionen (ohne diese völlig zu determinieren).³⁰ So können unterschiedliche Kapitalfraktionen nach ihrer Akkumulationsbasis sowie nach ihrem Internationalisierungsgrad und der Abhängigkeit von ausländischem Kapital unterschieden werden.³¹ Der Fraktionalisierung des Kapitals steht aufgrund der Arbeitsbeziehungen auch eine in sich fraktionierte ArbeiterInnenklasse gegenüber. Demnach gehen spezifische wirtschaftliche Strukturen mit jeweils eigenen politischen Kräfteverhältnissen einher, welche bestimmte industriepolitische Strategien entweder begünstigen oder erschweren. Beispielsweise werden in einer Wirtschaft, die vorrangig auf die Extraktion und den Export von Rohstoffen ausgerichtet ist, die dominanten Kapitalfraktionen dazu neigen, eine Strategie zum Aufbau neuer industrieller Sektoren zu blockieren und stattdessen auf eine ressourcennahe Industrialisierung drängen (z. B. Öltraffinerien).

Zweitens ist der Staat keine unabhängige soziale Institution, die sich außerhalb gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse befindet, sondern, wie Nicos Poulantzas (2002, S. 160) argumentierte, „eine materielle und spezifische Verdichtung von Kräfteverhältnissen zwischen Klassen und Klassenfraktionen“. Dieser Grundsatz der materialistischen Staatstheorie impliziert, dass Industriepolitik in dieser Sichtweise weder durch das Eigeninteresse von PolitikerInnen oder BeamtenInnen bestimmt wird, wie die neoliberalen KritikerInnen von Industriepolitik argumentieren, noch von einer rationalen Bürokratie nach weberianischem Bild, wie die Literatur zum Entwicklungsstaat meint.³² Vielmehr kondensiert der Staat – als strategisches, hoch selektives Terrain für die Formulierung und Umsetzung von Industriepolitik – Machtverhältnisse zwischen verschiedenen ökonomischen und politischen Kräften, d. h. zwischen Kapitalfraktionen und Fraktionen der Lohnabhängigen, politischen Parteien, zivilgesellschaftlichen AkteurInnen (soziale Bewegungen, religiöse Institutionen, Medien, NGOs), der staatlichen Bürokratie sowie internationalen Organisationen und Geldgebern (wie z. B. der IWF).³³

Ausgehend von einem materialistisch-staatstheoretischen Verständnis von Industriepolitik sind zwei Fragen besonders zentral: Erstens, welche Allianzen zwischen sozialen Kräften sind sowohl kongruent als auch stark genug, um progressive Industriepolitik zu unterstützen? Und, zweitens, wie kann die Selektivität des Staates so verändert werden, dass jene

Staatsapparate, welche für die Umsetzung progressiver Industriepolitik zuständig sind, in die Lage versetzt werden, den sozialen Konflikten standzuhalten und in diesen zu vermitteln?³⁴ Gegenwärtig müsste eine solche progressive Allianz Gewerkschaften, linke Parteien und NGOs, soziale Bewegungen und zum Teil auch Kapitalfraktionen in spezifischen Industriebranchen umfassen.

Zugleich impliziert die Auffassung vom Staat als einer materiellen Verdichtung von Kräfteverhältnissen allerdings nicht, dass Industriepolitik eine bloße Reflektion der bestehenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wäre. Während diese Verhältnisse einen Korridor für industriepolitische Optionen festlegen,³⁵ kann Industriepolitik selbst ein wichtiger Hebel sein, um durch gezielte Interventionen und Transformation der Wirtschaftsstruktur die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sukzessive zu verändern, zum Beispiel durch die Schwächung der Akkumulationsbasis einzelner Kapitalfraktionen oder durch die Veränderung der gesamten ökonomischen Anreiz- und Eigentumsstruktur. Zu diesem Zweck müssen zumindest bestimmte Staatsapparate, die diese industriepolitischen Interventionen umsetzen, über eine „eingebettete Autonomie“ verfügen, wie Peter Evans (1995) argumentiert hat. Das bedeutet, dass sie über tiefgehendes Wissen über industrielle Produktionszweige verfügen, gleichzeitig aber eine politische und personelle Distanz zu den Interessen von spezifischen Kapitalfraktionen und klientelistischen Netzwerken bewahren, und sich auf diese Weise so genannte „*pockets of efficiency*“ im Staat herausbilden.

Drittens und letztens sind die Effektivität und der Erfolg von progressiver Industriepolitik aber nicht nur eine Frage der Herausbildung von *pockets of efficiency* (auch wenn diese ein Einstiegspunkt sein mögen) oder von politischen Übereinkommen (*political settlements*) zwischen regierenden Eliten, wie der „Political Survival of Ruling Elites“-Ansatz von Khan (2010) argumentiert. Vielmehr sind sie letztlich eine Frage gesellschaftlicher Hegemonie, das heißt, sie sind von geteilten Normen, Werten, Einstellungen und Ideen abhängig, die durch einen breiten materiellen Konsens und ein spezifisches Modell ökonomischer Entwicklung abgestützt sind.^{36, 37} Eine breite gesellschaftliche und letztendlich hegemoniale Unterstützung für industriepolitische Strategien ist daher eine wichtige Voraussetzung für die politische Durchsetzungsfähigkeit industriepolitischer Strategien, welche auf eine tiefgreifende Veränderung der Wirtschaftsstrukturen abzielen.

Dies gilt nicht zuletzt auch deshalb, weil nur so die Kohärenz von Industriepolitik und anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik politisch gewährleistet werden kann. Die Bedeutung von Kohärenz zwischen Industriepolitik und anderen Politikfeldern wurde besonders von institutionalistischen Ansätzen betont, die hervorheben, dass industriepolitische Ziele mit jenen

anderer Bereiche konsistent sein müssen, zum Beispiel in der Bildungspolitik, Wechselkurspolitik, Geldpolitik, Handelspolitik, Zinspolitik, Infrastrukturpolitik, Energiepolitik, Technologiepolitik, Finanzpolitik (insbesondere De-Finanzialisierung) sowie Politiken, die auf Sorgebeziehungen und Dienstleistungen in Zusammenhang mit industrieller Produktion abzielen.³⁸ Darüber hinaus muss Industriepolitik, welche überwiegend angebotsseitig operiert, sicherstellen, dass sie durch eine adäquate Nachfrage abgestützt wird.³⁹ Auf regionaler Ebene, wie im europäischen Kontext, wird das Ensemble von AkteurInnen noch komplexer. Die Kräfteverhältnisse verschieben sich tendenziell zugunsten jener AkteurInnen, die ihre Interessen über Grenzen hinweg organisieren können. Bob Jessop (2012, S. 5f) argumentiert, dass Regionenbildung durch soziale Konflikte geprägt ist. Im Verlauf dieses Prozesses versuchen verschiedene Gruppen ihre präferierte Strategie (ihren Interessen entsprechend) im regionalen Integrationsprojekt durchzusetzen. Dies drückt sich auch auf institutioneller Ebene aus. Regionale Integration führt üblicherweise zur Herausbildung neuer Entscheidungsorgane, die über die bestehenden Nationalstaaten hinausgehen. Während zwischenstaatliche Organe noch aus VertreterInnen nationaler Regierungen zusammengesetzt werden, haben supranationale Institutionen wie die Europäische Kommission keine direkte Verbindung zu diesen. Die institutionelle Struktur eines regionalen Integrationsprojektes – und speziell das Gewicht supranationaler Strukturen und AkteurInnen im Verhältnis zu nationalen und zwischenstaatlichen Organen und AkteurInnen – sind höchst relevant für die Kräfteverhältnisse zwischen verschiedenen Klassen und Klassenfraktionen. Die Dominanz von Exekutivorganen erleichtert beispielsweise die Einflussnahme von Lobbygruppen gegenüber jener von demokratisch gewählten VertreterInnen. Im Allgemeinen ist der politische Einfluss von Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnenseite in einer untergeordneten Position im Vergleich zu (exportorientierten und finanziellen) Kapitalgruppen, die ihre Akkumulationsstrategien in der Region durchsetzen wollen.⁴⁰ Die EU stellt ein besonders weit fortgeschrittenes Beispiel dieser Transnationalisierungs- und Internationalisierungsprozesse dar, die die Selektivität des Staates zugunsten der Kapitaleseite verschoben hat.⁴¹ In diesem Zusammenhang wurde die EU von Bieling und Brand (2015, S. 194) als Verdichtung zweiter Ordnung verstanden. Sie stellt eine Verdichtungsebene dar, die sowohl von nationalen als auch von supra- und transnationalen Kräften geformt wird, aber gleichzeitig auf die Verdichtung erster Ordnung auf dem nationalstaatlichen Terrain der EU-Staaten zurückwirkt. Als Folge wird der Politikspielraum für progressive Alternativen deutlich eingeschränkt; nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch und rechtlich, insbesondere in den Ländern der europäischen Peripherien (siehe auch Abschnitt 5).

Die Implementierung eines progressiven industriepolitischen Programmes in der EU würde demnach eine Stärkung der ArbeiterInneninteressen gegenüber den Kapitalinteressen auf europäischer Ebene erfordern. Deshalb müssten Gewerkschaften als vermittelnde Organisationen eine Schlüsselrolle einnehmen, zumal Industriepolitik nur solange progressiv sein kann, solange sie auch eine Stärkung der ArbeitnehmerInnenseite zulässt und fördert.⁴² Cédric Durand (2017, S. 10) argumentiert auf den globalen Süden bezogen, dass progressive industriepolitische Programme zum Scheitern verurteilt sind, wenn die ArbeiterInnenautonomie nicht ausreichend entwickelt ist, da diese eine notwendige Voraussetzung darstellt, um die Kapitaleseite unter Druck zu setzen. Wir sind der Ansicht, dass dies auch für die EU gilt. Ein Problem besteht jedoch darin, dass die Spaltung der EU in Zentrum und Peripherie auch die Interessenvertretungsorgane der ArbeitnehmerInnenseite durchzieht, was die Herausbildung transnationaler Solidarität in Europa erschwert.

Während zwar sporadisch transnationale Solidaritätspraktiken in Europa aufgekommen sind,⁴³ verweist Las Heras (2015, 2018) auf das Problem der Vorherrschaft nationaler und lokaler mikro-korporatistischer Interessen, welche einer länderübergreifenden „europäischen Identität“ und Solidarität entgegenstehen.⁴⁴ Besonders in den europäischen Kernländern wie Deutschland und Österreich gefährden solche klassenübergreifenden korporatistischen Arrangements „nationaler Interessen“ die Solidarität unter ArbeitnehmerInnen entlang der Wertschöpfungskette. Becker et al. (2015, S. 92) betonen, dass speziell in der jüngsten Krise keine Basis für eine effiziente europaweite Mobilisierung der ArbeitnehmerInnenseite bestand, zum Beispiel gegen die Durchsetzung von Austeritätsmaßnahmen gegen Griechenland.

Dies hat auch für die Durchsetzung progressiver Industriepolitik auf europäischer Ebene schwerwiegende Konsequenzen. So müsste diese zwar einerseits auf den aktiven Wiederaufbau produktiver Kapazitäten in den südlichen, östlichen und südöstlichen europäischen Peripherien zielen.⁴⁵ Andererseits ist die Einführung nennenswerter europäischer Transfermechanismen hierfür äußerst unwahrscheinlich, wenn die ArbeiterInnen der Kernländer, welche unter den aktuellen Bedingungen einen Großteil des Steueraufkommens aufbringen, diese Umverteilungsmechanismen nicht unterstützen. Doch wie Bieler (2014, S. 122) hervorhebt, ist die Herausbildung transnationaler Solidarität zwischen ArbeitnehmerInnen nicht von den objektiven sozialen Produktionsbeziehungen, sondern letztendlich von der Dynamik des Klassenkampfes abhängig. Gewerkschaften könnten als treibende Kräfte einer progressiven Industriepolitik in Europa fungieren, müssten hierfür aber noch stärker daran arbeiten, die bestehenden Hindernisse für die transnationale Koordination ihrer Aktivitäten zu überwinden.⁴⁶

4. Ökologische Nachhaltigkeit, demokratische Partizipation, ArbeiternehmInnenbeteiligung und Geschlechtersensibilität

Mehrere Querschnittsthemen sind zentral für progressive Industriepolitik: (i) ökologische Nachhaltigkeit, (ii) demokratische Mitbestimmung, (iii) Arbeitsbeziehungen und (iv) Geschlechterverhältnisse. Jedoch ist die aktuelle Debatte weit davon entfernt, diese Schlagwörter mit einem konkreteren Inhalt auszustatten.

(i) Wie oben bereits erwähnt, erlebt Industriepolitik auch deshalb ein Comeback, weil zunehmend anerkannt wird, dass eine umfassende strukturelle Transformation des industriellen Sektors notwendig ist, um der sich abzeichnenden globalen ökologischen Krise zu begegnen.⁴⁷ Selbst in die *Mainstream*-Debatte hat der Begriff der „grünen“ Industriepolitik bereits Eingang gefunden⁴⁸. Lässt sich ökologische Nachhaltigkeit vor diesem Hintergrund überhaupt noch als Merkmal zur Abgrenzung einer progressiven Industriepolitik gegenüber konventionellen Ansätzen verstehen, und wenn ja, inwiefern?

In vielen Fällen bezieht sich der Begriff grüne Industriepolitik auf Strategien zur Förderung von „grünem“ Wachstum oder „grünen“ Wettbewerbsvorteilen, insbesondere durch die Förderung von Leitsektoren im Bereich nachhaltiger Technologien.⁴⁹ In dieser Form kann grüne Industriepolitik als Teil der *Green Economy*-Debatte verstanden werden⁵⁰, welche technisch-wissenschaftliche Lösungen für die ökologische Krise verspricht.⁵¹ Elektromobilität, Agrartreibstoffe und andere regenerative Energien werden als neue, vielversprechende Felder für Kapitalakkumulation und Wirtschaftswachstum in einem zunehmend stagnierenden globalen Kapitalismus gefördert. Hiervon ausgehend zielt das *Mainstream*-Verständnis von grüner Industriepolitik darauf, jene Marktversagen zu korrigieren, die bisher die Entfaltung des vollen Potenzials der *Green Economy* behindert haben. Insbesondere sollen Investitionen in „grüne“ Technologien staatlich gefördert und die sogenannten ökologischen Kosten durch öffentliche Interventionen stärker bei der Preisbildung berücksichtigt werden.⁵²

Das Versprechen, Wirtschaftswachstum mit Nachhaltigkeit zu versöhnen, basiert allerdings auf einer letztlich trügerischen Phantasie von Dematerialisierung. Damit ist die Annahme gemeint, dass sich Wirtschaftswachstum, vor allem im Bereich der Industrieproduktion, von der Nutzung materieller Ressourcen vollständig entkoppeln lässt. Differenziert werden muss aber zwischen einer relativen und einer absoluten Entkopplung. Während eine relative Entkopplung durch effizientere Technologien durchaus möglich und auch wünschenswert ist, wird eine absolute Entkopplung angesichts der Exponentialität von Wachstum und der unentzinnbaren Materialität von Produktion⁵³ unmöglich bleiben.⁵⁴ Hinzu kom-

men die sogenannten *Rebound*-Effekte: Effizienzsteigerungen führen in der Regel dazu, dass Produkte günstiger werden. Dies regt wiederum die Nachfrage und somit auch die Produktion an, sodass sich die Effizienzsteigerung letztlich gar nicht und nur teilweise in einen geringeren Verbrauch materieller Ressourcen übersetzt.

Angesichts dieser Unmöglichkeit „nachhaltigen“ Wachstums muss eine progressive Industriepolitik auf eine grundlegende sozial-ökologische Transformation zielen.⁵⁵ Diese Transformation muss – darauf insistiert die intensive aktuelle Debatte über eine sozial-ökologische Transformation – weitreichender, umfassender und disruptiver sein als die anvisierte graduelle Transition in eine *Green Economy*. Ulrich Brand (2016) verweist jedoch darauf, dass auch der Begriff der Transformation schwammig bleibt. Er bildet die Grundlage einer neuen „kritischen Orthodoxie“, welche zwar die Notwendigkeit einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation angesichts der ökologischen Krise anerkennt,⁵⁶ hierbei allerdings die „strukturellen Hindernisse eines weitreichenden Transformationsprozesses“, wie die „fortlaufende Ausweitung der Produktion und des Konsums nicht-nachhaltiger Güter“ und „die Fixierung auf Wirtschaftswachstum um jeden Preis“, vernachlässigt.⁵⁷

Mit Blick auf Industriepolitik umfassen diese strukturellen Hindernisse vor allem das Problem, wie sich sogenannte „braune“ Industrien wie die Automobilindustrie restrukturieren und die lange gewachsenen Machtressourcen der damit verbundenen Kapitalfraktionen beschneiden lassen. Vor diesem Hintergrund sind einige Ansätze, die unter dem Begriff der grünen Industriepolitik diskutiert werden, sicherlich relevant für eine progressive Industriepolitik, um nachhaltige Technologien und darauf basierende Formen industrieller Produktion zu fördern. Mindestens genauso wichtig für eine progressive Industriepolitik sind allerdings Strategien, bestehende Entwicklungspfade industrieller Produktion und damit verbundene Konsumnormen zu durchkreuzen.⁵⁸ Diese industriepolitischen Interventionen müssen Hand in Hand gehen mit einer komplementären Strukturpolitik in Hinblick auf die Energieversorgung, das Transportsystem oder Siedlungsmuster. Eine besondere Herausforderung progressiver Industriepolitik besteht darin, dass eine so grundlegende Restrukturierung nicht nur große Mengen an Kapital entwertet, welches in bestehende industrielle Entwicklungspfade bereits investiert wurde, sondern auch Beschäftigung in einer Vielzahl unterschiedlicher Branchen gefährdet und so in Konflikt mit der Position von ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften geraten kann. Entscheidend ist daher die Entwicklung umfassender Strategien einer industriellen Konversion.⁵⁹ Diese müssen umfangreiche Kompensationen für Beschäftigte, Umschulungs- und Wiederbeschäftigungsprogramme, eine verlässliche sozialstaatliche Absicherung sowie die Verbesserung qualitativer Komponenten des Lebensstandards wie Arbeitszeitreduktion, bio-

grafische Sicherheit und weniger entfremdende Arbeitsformen enthalten.⁶⁰

(ii) Die Frage einer „demokratischen“ Industriepolitik wurde in der linken Debatte bislang ähnlich wenig detailliert ausgearbeitet wie die ökologische Dimension. Zwar sprechen sich Pianta et al. (2016, S. 29) dafür aus, „neue Räume für demokratische Praxen [zu] eröffnen, in denen über gemeinsame Prioritäten beraten sowie darüber gestritten werden kann, welche Maßnahmen zur Neugestaltung der europäischen Ökonomien notwendig sind und wie diese auszusehen haben“. Weiters heben sie hervor, dass demokratische Mitbestimmung, Repräsentation und Machtdiffusion Grundprinzipien für die Ausarbeitung und Implementierung von Industriepolitik sein sollten. Jedoch gehen sie nicht ins Detail, auf welche Weise dies funktionieren könnte. In diesem Zusammenhang könnte die Debatte über progressive Industriepolitik von den reichhaltigen Debatten zu Wirtschaftsdemokratie profitieren.⁶¹ Während Holcombe (2011, S. 3) argumentiert, dass Industriepolitik Kapitalinteressen favorisiert, wogegen Wirtschaftsdemokratie ArbeiterInneninteressen bevorzugt, sollten Industriepolitik und Wirtschaftsdemokratie aus unserer Sicht komplementär sein. So könnte progressive Industriepolitik Wirtschaftsdemokratie auf Unternehmensebene stärken, indem die Förderung für spezifische Industriezweige an die Bedingung geknüpft wird, dass Elemente der Mit- und Selbstbestimmung der ArbeitnehmerInnen auf Unternehmensebene eingeführt bzw. ausgeweitet werden.⁶² Um Industriepolitik allerdings genuin demokratisch zu gestalten, müsste auch das mesoökonomische Design von Industriepolitik selbst oberhalb der Unternehmensebene demokratisch festgelegt werden. Dies würde komplexe Prozesse der Prioritätenfestlegung erfordern, wie sie beispielsweise in den 1970er-Jahren in der Debatte über demokratische Investitionsplanung und -lenkung anvisiert wurden.⁶³

(iii) Während der letzten Jahre haben Gewerkschaften und andere Institutionen der ArbeiterInnenbewegung zunehmend das Potenzial von Industriepolitik hervorgehoben, neue Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen zu schaffen.⁶⁴ Unter Berücksichtigung der traditionellen Verwurzelung der ArbeiterInnenbewegung Europas in zahlreichen Industriezweigen ist dies nicht erstaunlich.⁶⁵ Allerdings schwächten der Neoliberalismus sowie die Abnahme der Beschäftigung im industriellen Sektor aufgrund von technologischem Fortschritt und *offshoring* den Einfluss von Gewerkschaften und anderen Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen in Europa.⁶⁶ Doch interessanterweise haben Gewerkschaften im Gefolge der Wirtschafts- und Finanzkrise Zeichen einer Revitalisierung gezeigt.⁶⁷ Dieses rezente Wiederaufleben – in Kombination mit der starken Präsenz in verschiedenen Industriezweigen – prädestiniert Gewerkschaften für eine Vermittlerrolle zwischen Industriepolitik und Fragen von Arbeits- und Beschäf-

tigungsverhältnissen. Darüber hinaus setzt sich auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) zunehmend mit diesem Thema auseinander. Nübler (2011, S. 20ff) kritisiert in einem Bericht für die ILO, dass bei der Konzeption von Industriepolitik die Rolle der Beschäftigten häufig vernachlässigt würde, obwohl Arbeitsmarktinstitutionen und Gewerkschaften eine entscheidende Rolle bei der Schaffung guter Arbeitsbedingungen spielten. In eine ähnliche Richtung geht auch die Position der Arbeiterkammer und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (2015, S. 7), wonach Industriepolitik zum übergeordneten Ziel gut bezahlter und qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze, basierend auf einer nachhaltigen Produktionsweise, beitragen sollte.

In diesem Zusammenhang muss ein zentrales Ziel progressiver Industriepolitik die Bewahrung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen sein. Heutzutage könnte aber auch eine sehr ambitioniert angelegte progressive Industriepolitik nicht Vollzeitarbeitsplätze für alle Arbeitslosen und Unterbeschäftigten in Europa schaffen. Unter Berücksichtigung der ökologischen Restriktion müsste progressive Industriepolitik außerdem reflektieren, in welchen Industriezweigen Beschäftigungsmöglichkeiten durch industrielles Wachstum steigen sollten und welche im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation einer Konversion unterzogen werden müssen. Dies ist offenkundig ein Thema, bei dem die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnenseite und ökologische Anliegen potenziell kollidieren, zumindest auf kurze Sicht. Deshalb benötigen wir Gewerkschaften als vermittelnde Akteure und Triebkräfte einer sozial-ökologischen Transformation, die diese Transformation so gestalten, dass keine ArbeitnehmerInnen auf der Strecke bleiben.

Zusätzlich sollte progressive Industriepolitik die Verbesserung der Arbeitsbedingungen anstreben. Untersuchungen haben jedoch gezeigt, dass das von Industriepolitik häufig verfolgte *economic upgrading* nicht automatisch soziale Verbesserungen für die Beschäftigten mit sich bringt.⁶⁸ Dies gilt auch für andere industriepolitische Maßnahmen. Unserer Ansicht nach ist die von Pianta et al. (2016, S. 31f, 79f) vorgeschlagene Stärkung und Ausweitung öffentlichen Eigentums von Produktionsmitteln – neben der Förderung von Kooperativen – in diesem Kontext zentral. Allerdings argumentieren wir über Pianta et al. hinausgehend, dass öffentliches Eigentum oder staatliche Kontrolle von Unternehmen in Schlüssel-sektoren das Etablieren höherer Arbeitsstandards erleichtert. Zudem könnte die Erfüllung von die Arbeitsbedingungen betreffenden *best-practice*-Richtlinien eine Voraussetzung für die Qualifikation hinsichtlich einer Förderung durch industriepolitische Programme werden. Darüber hinaus ist öffentliches Eigentum sehr relevant, wenn wir von der Verteilung der Gewinne von Industriepolitik sprechen. Wie auch Pianta et al. (2016, S. 79f.) betonen, verhindert ein hoher Anteil öffentlichen Eigentums, dass

die Öffentlichkeit den strukturellen Wandel finanzieren muss, während der dadurch erzielte Profit in wenigen Händen verbleibt.

(iv) Zuletzt ist es essenziell, die Geschlechterfrage in die Analyse und Konzeption von Industriepolitik einzubeziehen. Gerade makro- und meso-ökonomische Politiken werden häufig als geschlechtsneutral wahrgenommen. Dies gilt auch für Industriepolitik, deren prominenteste Fürsprecher⁶⁹ Geschlechterbeziehungen in der Industrie nicht thematisieren. Auch die aktuelle Debatte zu progressiver Industriepolitik in der europäischen Linke widmet diesem Thema keine große Aufmerksamkeit. Bei der Gestaltung von progressiver Industriepolitik ist es jedoch wichtig zu berücksichtigen, dass industriepolitische Maßnahmen Männer und Frauen aus verschiedenen Gründen unterschiedlich betreffen. Der offensichtlichste Grund ergibt sich aus der Verteilung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften in der EU nach Sektoren. Laut der International Labour Organization (2017) waren 2015 77% der ArbeitnehmerInnen im industriellen Sektor männlich. Dieser Anteil hat sich seit 2000 kaum verändert (75%). Auch der Anteil weiblicher UnternehmerInnen im industriellen Sektor liegt bei nur 20%.⁷⁰ Folglich wirken sich die positiven wie negativen Effekte von strategischer Industriepolitik direkt auf deutlich mehr Männer als Frauen aus. Zudem könnte die Mitgliederzusammensetzung von Industriegewerkschaften, die nach wie vor dazu tendieren, männliche Vollzeit-arbeitskräfte zu organisieren,⁷¹ die Inklusion der Geschlechterdimension in die Formulierung von industriepolitischen Programmen behindern.

Dennoch stellt die alleinige Erhöhung des Anteils weiblicher Arbeitskräfte im weiterverarbeitenden Sektor keine Lösung dar. Das liegt einerseits an Abwertungsprozessen, die sich in Industriezweigen mit steigendem Frauenanteil beobachten lassen und sich in sinkenden Löhnen und verringertem Prestige ausdrücken.⁷² Zudem gilt es zu berücksichtigen, dass die Veränderung der technologischen Produktionsbedingungen oftmals Prozesse der Feminisierung bzw. De-Feminisierung von Industriezweigen bedingt.⁷³ Zum Beispiel führte *technological upgrading* in arbeitsintensiven Industriezweigen, also die technologische Rationalisierung des Produktionsprozesses, in den meisten Ländern der Welt zu einer Verringerung des Frauenanteils im industriellen Sektor.⁷⁴ Offenkundig bevorzugten ArbeitgeberInnen männliche Beschäftigte für technologisch anspruchsvolle Jobs. Tejani und Milberg (2016, S. 45f) erklären dies mit dem Verweis auf Geschlechternormen, die Männern eine bessere Eignung für solche Tätigkeiten zuschreiben. Jedoch ergänzen sie, dass Frauen möglicherweise auch die notwendige Berufsausbildung fehle (teilweise aufgrund von Diskriminierung und Selektion im Bildungsbereich). In Europa kommt diesen Ergebnissen aufgrund der zunehmenden Digitalisierung und des Fortschritts von Industrie 4.0 besondere Bedeutung zu.

In Anbetracht dieser Ergebnisse wurde die Forderung nach einer ge-

schlechtersensiblen Industriepolitik erhoben.⁷⁵ Die konkreten Umsetzungsvorschläge sind in Anbetracht des aktuellen Forschungsstandes allerdings eher enttäuschend. Seguino et al. (2010, S. 15) fordern die Stimulation des Produktivitätswachstums in frauendominierten Industriezweigen und die Förderung von strategischen Industrien, die gute Verdienstmöglichkeiten für männliche *und* weibliche Arbeitskräfte bieten. Angesichts der oben beschriebenen Dynamiken werden diese Initiativen aber nicht ausreichen. Weitergehende Maßnahmen könnten darin bestehen, dass sich Unternehmen oder Branchen nur unter bestimmten Voraussetzungen für industriepolitische Förderung qualifizieren (wie es auch bei ökologischen Standards der Fall ist). Solche Kriterien könnten unter anderem eine sinkende Lohnschere zwischen den Geschlechtern, die Feminisierung oder – wenigstens – die Erhaltung eines konstanten Anteils an weiblichen Arbeitskräften, ein bestimmter Anteil von Frauen in Führungspositionen oder die Bereitstellung von Kinderversorgungseinrichtungen im Unternehmen sein.

Mehrere Hindernisse erschweren allerdings die Umsetzung solcher Maßnahmen. Es ist beispielsweise problematisch, dass es für transnationale Konzerne wegen ihrer Größe und des verfügbaren Budgets in der Regel einfacher ist, solche Anforderungen zu erfüllen als für kleine und mittelständische Unternehmen. Zudem würde eine forcierte Feminisierung bei einem stagnierenden oder schrumpfenden industriellen Sektor zur Verdrängung männlicher Arbeitskräfte führen, was neue Spannungen zwischen Gruppen von ArbeitnehmerInnen nach sich ziehen würde. Um dies zu verhindern, müsste progressive Industriepolitik an die Forderung nach einer Angleichung der Löhne zwischen den Sektoren geknüpft werden, sodass auch Arbeitsplätze außerhalb des industriellen Sektors attraktiver werden. Zusätzlich müsste geschlechtersensible Industriepolitik mit anderen Politiken im Bereich von Pflege und sozialer Reproduktion abgestimmt werden.

5. Das Problem peripherer Einbindung in regionale und globale Märkte

Eine weitere Blindstelle der aktuellen Debatte über progressive Industriepolitik stellt aus unserer Sicht die Analyse der Zentrum-Peripherie-Beziehungen in Europa und die Entwicklung von Gegenstrategien dar. Während die Literatur zu Industriepolitik häufig die untergeordnete Eingliederung peripherer Regionen des globalen Südens in den kapitalistischen Weltmarkt entlang von industriellen Wertschöpfungsketten problematisierte,⁷⁶ spielt diese Problemstellung bislang mit Blick auf die EU und die hierarchische Arbeitsteilung in Europa kaum eine Rolle. Interessanterwei-

se wird die durchaus heikle Frage des angemessenen Grades von regionaler und internationaler Integration der europäischen Peripherien auch in der linken Debatte weitgehend vernachlässigt. Progressive Ansätze zu Industriepolitik wie jener von Pianta et al. (2016) sprechen zwar das Problem der Divergenz von Zentrum und Peripherie in der EU an und fordern einen Ausbau der EU-Strukturfonds und der Kohäsionspolitik. Jedoch stellen sie nicht grundsätzlich die Eingliederung peripherer europäischer Ökonomien in die dominanten Produktionssysteme der Kernländer (insbesondere Deutschlands und in einem geringeren Ausmaß Frankreichs) in Frage.

Dies ist insofern überraschend, als seit dem Ausbruch der Eurokrise – aber auch bereits in den 1970er und 1980er Jahren im Rahmen der „Europäischen Dependenzschule“⁷⁷ – eine Vielzahl von Untersuchungen herausgearbeitet hat, dass die Eingliederung der vergleichsweise schwächeren südeuropäischen Ökonomien in die europäische Wirtschaftsintegration nicht zu wachsender Konvergenz, sondern vielmehr zu einer Verschärfung des Gefälles zwischen Zentrum und Peripherie in Europa geführt hat. So zeigen Becker et al. (2015, S. 85ff) auf, dass der Eingliederungsprozess der südeuropäischen Peripherie durch drei Phasen der De-industrialisierung gekennzeichnet war: Erstens verstärkte der Europäische Binnenmarkt seit 1993 die asymmetrischen Wirtschaftsbeziehungen in der EU. Einerseits setzte die Liberalisierung der grenzüberschreitenden Bewegungen von Gütern, Dienstleistungen und Kapital die schwächeren industriellen Produktionssysteme der Peripherie unter Konkurrenzdruck und förderte so deren Erosion. Andererseits orientierte sich die südeuropäische Peripherie außenwirtschaftlich zunehmend auf die Zentrumsökonomien, während die Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern der südeuropäischen Peripherie schwächer wurden.⁷⁸ Außerdem schränkte die Einführung des Binnenmarktes den Spielraum für Industriepolitik ein, besonders die EU-Wettbewerbspolitik.⁷⁹ Dies führte zu einem ersten De-Industrialisierungsschub in diesen Ländern.⁸⁰ In einer zweiten Phase hatte die Einführung des Euro negative Auswirkungen auf die Industrieentwicklung in der südeuropäischen Peripherie. Denn die gemeinsame Währung nahm den Ländern der südeuropäischen Peripherie die Möglichkeit, Währungspolitik (Abwertung) einzusetzen, um ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Die dritte Phase startete mit der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise, die die industrielle Produktion dieser Länder weiter verringerte. Im Vergleich zum Vorkrisenniveau (2007), erreichte die industrielle Produktion bislang (2017) in Spanien nur 77,7%, in Griechenland 78,1% und in Portugal 83,8%.⁸¹ Zu ähnlichen Einschätzungen einer wachsenden Polarisierung zwischen Zentrum und Peripherie in der Eurozone bzw. EU kommen auch die Untersuchungen von Gräbner et al. (2017) und Celi et al. (2018).

Diese asymmetrische ökonomische Integration hat die Klassenbezie-

hungen sowohl in den Kernländern als auch in der Peripherie grundlegend gewandelt. Während exportorientierte Kapitalfraktionen in den Kernländern und – durch korporatistische Arrangements – auch die ArbeiterInnen in diesen Sektoren gestärkt wurden, zeigte Otto Holman (1996), dass dieser Prozess auch aktiv von transnational orientierten Kapitalfraktionen in den Peripherien unterstützt und vorangetrieben wurde, speziell durch das Finanzkapital. Durch Auslandsdirektinvestitionen profitierten auch Fraktionen der ArbeiterInnenschaft in den Peripherien von der europäischen ökonomischen Integration, obwohl die regionale Eingliederung insgesamt zu einer Erosion der industriellen Produktionskapazitäten dieser Länder führte. Auch wenn die EU in der hierarchischen internationalen Arbeitsteilung insgesamt dem Zentrum zugerechnet werden muss, weisen die Ökonomien der südeuropäischen Peripherie allesamt eine Reihe von Merkmalen auf, die auch für die peripheren Ökonomien des globalen Südens charakteristisch sind: eine vergleichsweise schwache industrielle Basis, ein geringer Anteil von komplexeren Industriegütern an den Exporten, eine starke Ausrichtung ihrer Produktionssysteme auf die Kernländer sowie eine hohe Auslandsverschuldung (abhängige Finanzialisierung).⁸²

Die folgenden Argumente beziehen sich aus mehreren Gründen spezifisch auf die südeuropäische Peripherie. Erstens sind sie von allen peripheren Ländern am längsten EU-Mitglieder. Zweitens haben sie kein sozialistisches Erbe mit einer besonderen Form der industriellen Entwicklung wie die zentral- und osteuropäischen Länder. Drittens sind die mit der Deindustrialisierung verbundenen Probleme derzeit im Süden Europas am drängendsten. So zeigen Simonazzi et al. (2013) und Landesmann und Stöllinger (2018, S. 19ff), dass die südliche Peripherie in den europäischen Wirtschaftsbeziehungen zunehmend marginalisiert ist, während besonders die Visegrád-Staaten eng in die Zuliefererketten der Produktionssysteme der Kernländer (insbesondere Deutschlands) eingegliedert sind.

Vor dem Hintergrund der asymmetrischen Arbeitsteilung in der EU lassen sich grundsätzlich zwei verschiedene Ansätze unterscheiden, die ungleiche Entwicklung in der EU zu überwinden. Der erste besteht in der Einrichtung einer umfangreichen europäischen Transferunion. Mehrere postkeynesianische WissenschaftlerInnen haben diesen Vorschlag vorgebracht (siehe Abschnitt 1 dieses Artikels). Eine Rekonstruktion der Produktionssysteme in der südeuropäischen Peripherie ließe sich in diesem Ansatz durch signifikante Umverteilungsmechanismen von den europäischen Zentren zur Peripherie erreichen, wobei eine europäisch koordinierte Industriepolitik ein Schlüsselinstrument bilden würde. Dieser Ansatz würde die Regeln und die Funktionsweise des Binnenmarktes intakt lassen, d. h. die periphere Integration Südeuropas in den Binnen- und Weltmarkt nicht unmittelbar infrage stellen.

Unserer Meinung nach sind mit diesem Ansatz jedoch zwei zentrale Probleme verbunden. Erstens würde der Lösungsansatz einer Transferunion entscheidende Unterstützung der Kernländer (sowohl von Kapital- als auch ArbeitnehmerInnenseite) erfordern. Derzeit sehen wir gerade in Deutschland allerdings keine Anzeichen, dass sich so eine Unterstützung herausbildet.⁸³ Zweitens haben die vorherrschenden Abhängigkeitsbeziehungen der südeuropäischen Peripherie nicht nur in der Vergangenheit zur Erosion industrieller Produktionsstrukturen geführt, sie werden auch zukünftige Re-Industrialisierungsstrategien konterkarieren.⁸⁴ Gerade Industriezweige, die sich in einer Phase des (Wieder-)Aufbaus befinden, sind in der Regel nicht wettbewerbsfähig und benötigen in diesem Zeitraum Schutz vor ausländischer Konkurrenz.⁸⁵ Der europäische Binnenmarkt schließt einen derartigen strategischen Protektionismus jedoch aus. Zudem schränkt die gemeinsame Währung zusätzlich den geld- und währungspolitischen Spielraum der Peripherie ein. Selbst wenn umfangreiche Transferzahlungen zur Rekonstruktion industrieller Produktionsstrukturen in der Peripherie bereitgestellt würden, dürfte es unter diesen Bedingungen äußerst schwer sein, die Asymmetrie und Ungleichgewichte der europäischen Arbeitsteilung zu überwinden.

In Anbetracht dessen halten wir es für entscheidend, der Frage von Protektionismus aus einer linken Perspektive mehr Aufmerksamkeit zu widmen, um weitergehende Strategien zu entwickeln. Während die Ausbreitung des Neoliberalismus den Einsatz von Handelsbarrieren als Politikinstrument weltweit diskreditiert hat, kommen rechte Kräfte in den USA und in der EU in letzter Zeit wieder häufiger auf dieses Thema zurück. Im Mai 2017 brachte sogar der frisch gewählte französische Präsident Macron das Schlagwort des „intelligenten Protektionismus“ in den öffentlichen Diskurs ein (vorrangig gegen den wachsenden chinesischen Einfluss in Europa gerichtet).⁸⁶ Die Linke hingegen hat bisher gezögert, eine Diskussion über Vorzüge und Nachteile von protektionistischen Maßnahmen in Europa zu führen. Aus unserer Sicht ist dies jedoch unerlässlich. Zwar ist Protektionismus an sich nicht progressiv, aber auch nicht per se reaktionär oder gar nationalistisch – entscheidend ist, für welche politischen Ziele protektionistische Instrumente eingesetzt werden. Als zentrale Momente eines progressiven Protektionismus sieht Andrea Komlosy „Schutz und Vorrang für regionale Wirtschaftskreisläufe, nicht um Vorherrschaft gegenüber anderen zu erlangen, sondern um allerorts regionale Versorgung, Diversität, Prosperität und soziale Gerechtigkeit zu stärken“.⁸⁷

Hiervon ausgehend könnten sich Möglichkeiten ergeben, der aktuellen Debatte über ein „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“, welches eine unterschiedlich schnelle Entwicklung des europäischen Integrationsprojektes im Zentrum und in den Peripherien vorsieht, eine völlig

neue, progressive Stoßrichtung zu geben. Während die Debatte in ihrer aktuellen Form Gefahr läuft, das Gefälle von Zentrum und Peripherie zu zementieren und politisch zu institutionalisieren, würde eine progressive Umkehrung dieser Debatte bedeuten, die unterschiedlichen Stufen ökonomischer Entwicklung in der EU anzuerkennen und es den Peripherien zu erlauben, das Tempo und die Form ihrer Einbindung in die europäische Arbeitsteilung stärker eigenständig zu kontrollieren. Dadurch ließe sich den aktuell dominanten Formen der asymmetrischen Einbindung entgegenwirken und die damit verbundenen Krisentendenzen – wie derzeit insbesondere in Italien – abschwächen. Denkbar wären beispielsweise – analog zum Konzept der *pockets of efficiency* (s. oben) – vorübergehende *pockets of protectionism* für periphere Ökonomien innerhalb des europäischen Binnenmarktes zuzulassen. Jedoch würde dies eine Änderung des EU-Rechts und damit auch die Unterstützung der Zentrumsländer erfordern.

Der zweite Vorschlag würde daher anregen, dass wir in eine radikalere Richtung gehen, denn er zielt darauf ab, die Abhängigkeitsbeziehungen durch unterschiedliche Entkoppelungsgrade von den Zentrumsländern zu verringern und gleichzeitig die Verbindungen zwischen den Peripherieländern zu verstärken – zum Beispiel zwischen südeuropäischen Volkswirtschaften, in denen die progressiven Kräfte derzeit deutlich stärker sind als in den europäischen Kernländern. Entscheidend ist, dass dieser Vorschlag nicht auf die Rückkehr zum Nationalstaat und zu nationalen Entwicklungsstrategien abzielt. Vielmehr soll eine andere Form regionaler Integration entstehen, mit dem Ziel, die Abhängigkeit durch neue solidarische Kooperationsbeziehungen zwischen peripheren Ländern zu verringern.

Solch ein Ansatz könnte auf die weitreichende Debatte über (partielle) Abkoppelung von den Kernländern oder (Sub)Regionen und industrieller Entwicklung zurückgreifen, die während der 1960er und 1970er geführt wurde. Ungeachtet der verschiedenen, sehr unterschiedlichen Positionen bestand der zentrale Konsens dieser Debatte darin, dass die Erlangung einer gewissen Unabhängigkeit von den Kernländern notwendig wäre, um destruktive Abhängigkeitsbeziehungen zu überwinden. Hiervon ausgehend sollte eine „autozentrierte Entwicklung“, d. h. eine Entwicklung ohne Abhängigkeit vom Import von Basisgütern aus dem Ausland, sowie *collective self-reliance* auf regionaler und interregionaler Ebene erreicht werden. VertreterInnen der „Bewegung der Blockfreien“ (1976) sowie einige VertreterInnen des lateinamerikanischen Dependenzansatzes und der Welt-systemtheorie bezogen sich auf diese Konzepte. Die VertreterInnen der Bewegung der Blockfreien wollten die Autonomie des eigenen Landes oder der eigenen Region gegenüber dem Zentrum durch die Schaffung intensiverer Beziehungen mit anderen Ländern desselben ökonomischen

Entwicklungsgrades erhöhen. Das inkludierte auch die Befürwortung von strategischen protektionistischen Maßnahmen, die Implementierung von gemeinsamen industriepolitischen Programmen oder den Vorschlag gemeinsame Betriebe oder Technologieprojekte zu entwickeln. VertreterInnen des Dependenzansatzes und der Weltsystemtheorie, wie Samir Amin, Johan Galtung oder Dieter Senghaas setzten sich nicht nur für verstärkte Süd-Süd-Kooperation ein, sondern verteidigten den Standpunkt, dass nur die Abkoppelung vom Weltmarkt und den Zentrumsländern den peripheren Ländern autozentrierte Entwicklung ermöglichen würde.⁸⁸

Während ein autozentrierter Entwicklungsweg und vollständige Abkoppelung vom Weltmarkt für kleinere periphere Länder der EU in der aktuellen Phase der Globalisierung aufgrund von globalisierten oder regionalisierten Produktionsnetzwerken sowie aufgrund der bereits erreichten Tiefe der europäischen Wirtschaftsintegration keine tragfähige Strategie sein kann, sind wir der Meinung, dass die engere Kooperation zwischen peripheren Staaten durchaus mehr Aufmerksamkeit verdient. Während regionale oder kollektive *self-reliance* überwiegend ein theoretisches Konzept geblieben ist, könnte die Herausbildung verstärkter Kooperation zwischen den Peripherien – in Ergänzung zu den Beziehungen mit den Kernländern – für die europäischen Peripherien von entscheidender Bedeutung sein. Wirtschaftlich könnte so ein teilweiser Wiederaufbau von industriellen Kapazitäten in der südeuropäischen Subregion, unterstützt durch strategische protektionistische Maßnahmen, gelingen. In politischer Hinsicht könnte eine solche „Multivektororientierung“ den Aufbau von flexibleren Außenbeziehungen mit unterschiedlichen Ländern, auch außerhalb der EU, ermöglichen.

Dieser Ansatz hätte mehrere Vorzüge gegenüber der aktuell dominanten Dynamik der EU-Integration. Sobald die Industrieentwicklung in der südeuropäischen Peripherie davon entlastet wäre, unmittelbar auf dem europäischen Binnenmarkt konkurrenzfähige Produktionskapazitäten aufzubauen, könnten sich – ausgehend von einer gezielten industriepolitischen Förderung von Schlüsselsektoren – sowohl innerhalb einzelner Länder als auch in der südeuropäischen Subregion wieder stärker autozentrierte Produktionssysteme mit starken inter-sektoralen und inter-industriellen *linkages* entwickeln⁸⁹. Die damit verbundene partielle Re-Regionalisierung der Produktion würde auch mit dem Ziel einer sozial-ökologischen Transformation in Einklang stehen, weil Transportwege verkürzt würden. Ein erfolgreicher Wiederaufbau produktiver Strukturen in Südeuropa würde auch die Verwundbarkeit diese Länder in einer neuerlichen globalen Krise reduzieren. Regionale (oder in Europa subregionale) Kooperation im Rahmen einer kollektiven *self-reliance* könnte zudem eine Balance schaffen zwischen Diversifizierung auf nationaler Ebene und einer wirtschaftlich sinnvollen regionalen Verteilung von industriellen Ka-

pazitäten.⁹⁰ In Lateinamerika versuchte das regionale Integrationsprojekt „Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Lateinamerika“ (2009) – jedoch erfolglos –, solche regionalen Produktionskapazitäten basierend auf neu zu schaffenden regionalen Wertschöpfungsketten aufzubauen.⁹¹

Natürlich sind solche vom Konzept der kollektiven *self-reliance* inspirierten Kooperationsprojekte, welche ausschließlich aus ökonomisch weniger entwickelten Ländern bestehen, in der Praxis mit vielen Problemen – z. B. dem Fehlen technologischer Kapazitäten oder Kapitalmangel – konfrontiert, die es bei einer anderen Zusammensetzung nicht gäbe.⁹² In dieser Hinsicht birgt die Integration mit einer dominanten Ökonomie mehrere Vorteile: Sie ermöglicht Technologietransfer, die Unterstützung beim Aufbau industrieller Kapazitäten, die Koordination von Forschung und Entwicklung und vieles mehr. Aus diesem Grund geht es aus unserer Sicht auch um *strategischen* Protektionismus in einzelnen Bereichen und nicht grundsätzlich um Abkopplung. Integration und Kooperation mit einer dominanten Ökonomie ist aber nur dann sinnvoll, wenn eine Industrieentwicklung in der Peripherie stattfindet, die sich nicht auf die periphere Einbindung in transnationale Wertschöpfungsketten beschränkt. Um dies anstelle der aktuellen neo-merkantilistischen Orientierung des Zentrums durchzusetzen, wäre wohl die Mobilisierung progressiver Akteure, insbesondere der Institutionen und Organisationen der ArbeiterInnenbewegung der Zentrumsländer nötig. Zugleich müssten auch zumindest Teile der dominanten Kapitalfraktionen eine solche Strategie unterstützen. Dies ist politisch wünschenswert, erscheint uns aber wie oben begründet unter den derzeitigen Kräfteverhältnissen als äußerst unwahrscheinlich. Die bestehenden Machtverhältnisse und die Selektivität auf EU-Ebene verstellen eine solche Option aktuell.

Letztlich hängen die Durchsetzungschancen der skizzierten Perspektiven also von der mittel- und langfristigen Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse in der EU ab. Derzeit wahrscheinlicher scheint, dass sich auf der Ebene einzelner Mitgliedsstaaten progressive Allianzen herausbilden, die eine progressive Industriepolitik vorantreiben. Eine solche Allianz könnte – dem Ansatz der kollektiven *self-reliance* folgend – auf subregionaler Ebene durch den strategischen Einsatz von ausländischen Direktinvestitionen und protektionistischen Maßnahmen die Basis für eine tatsächlich durchsetzungsfähige progressive industriepolitische Strategie bilden. Auch wenn diese Strategie auf erwartbaren Widerstand von Seiten der Zentrumsländer und transnationaler Kapitalfraktionen stoßen würde und daher auf europäische Solidarität und Unterstützung progressiver Akteure angewiesen wäre, erscheint sie uns derzeit vielversprechender und realistischer als die Umsetzung progressiver Industriepolitik auf EU-Ebene. Denn einzelne Schritte in Richtung Desintegration der bestehenden europäischen Wirtschaftsintegration (und hieran anschließende neue

Spielräume für eine Re-Integration unter progressiven Vorzeichen) müssen nicht zwangsläufig das europäische Solidaritätspotenzial von unten schwächen. Im Gegenteil: Die Eurokrise hat gezeigt, dass die dominanten Formen der europäischen Wirtschaftsintegration Gefahr laufen, das Solidaritätspotenzial eher zu untergraben als zu stärken und letztlich Europa wirtschaftlich und auch politisch eher zu spalten als zu einigen.

6. Schlussfolgerungen

In diesem Artikel haben wir argumentiert, dass Industriepolitik drei Schlüsselbereiche angehen muss, um progressiv zu sein: Erstens erfordert die Formulierung und erfolgreiche Umsetzung von Industriepolitik nicht nur ein Verständnis der gegebenen Wirtschaftsstrukturen. Es muss auch analysiert werden, welche Kräfteverhältnisse zwischen den verschiedenen Klassenfraktionen diesen Wirtschaftsstrukturen entsprechen, wie sich dies in Form von Hegemonie und im Staat ausdrückt, wie sich diese Kräfteverhältnisse verschieben lassen und wie sich zugleich ein Kompromiss zwischen divergierenden Interessen als Basis einer progressiven Industriepolitik formen lässt. Zweitens sollte progressive Industriepolitik nicht (ausschließlich) auf Wirtschaftswachstum abzielen, sondern auch Verteilungsfragen und Querschnittsthemen wie Geschlechtersensibilität, sozial-ökologische Transformation und demokratische Mitbestimmung miteinbeziehen. Schließlich – und dies ist wahrscheinlich am kontroversesten – geht progressive Industriepolitik über das Ziel einer tieferen Einbindung in regionale und globale Märkte mittels Aufhebung von Handelsbarrieren und Fixierung auf Wettbewerbsfähigkeit hinaus. Sie stellt vielmehr die bestehende hierarchische Arbeitsteilung infrage, indem sie die produktive Rekonstruktion industrieller Produktionsstrukturen der Peripherie durch strategischen Protektionismus und selektive Dissoziation von den Zentrumsländern ermöglicht.

Die jüngsten Vorschläge der EU deuten jedoch in eine völlig andere Richtung⁹³. Anstatt eine industriepolitische Strategie zur Verringerung von makroökonomischen Ungleichgewichten und sozialer Ungleichheit in Europa zu verfolgen, veröffentlichten das Europäische Parlament und der Europäische Rat im Juni 2017 eine Verordnung zur „Einrichtung des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbe-
reich“ (EDIDP).⁹⁴ Alle Vorschläge sind Teil des Europäischen Verteidigungs-Aktionsplans, einem politischen Projekt zur Wiederbelebung des europäischen Integrationsprozesses durch neue geopolitische Ambitionen angesichts der schwelenden Desintegrationstendenzen in der EU. Das EDIDP zielt offiziell auf die Erhöhung von Wettbewerbsfähigkeit und innovativer Kapazität der EU-Rüstungsindustrie einschließlich der Cyber-

Verteidigung ab.⁹⁵ Es finanziert zwar nicht die eigentliche Produktion von Waffen und anderen militärischen Geräten, unterstützt aber die Forschung und Entwicklung in diesem Bereich mit einem Budget von 500 Mio. bis zu 1 Mrd. Euro pro Jahr.⁹⁶

Die aktuelle Debatte über progressive industriepolitischen Strategien in Europa ist wichtig, aber die Wahrscheinlichkeit, diese auch kurz- oder mittelfristig tatsächlich politisch durchsetzen zu können, gering. Dennoch ist es unabdingbar, progressive Konzepte für industrielle Entwicklung weiter auszuarbeiten⁹⁷, um über die dringend notwendigen, aber vorrangig defensiven Abwehrkämpfe gegen eine europäische Industriepolitik als Instrument einer zunehmenden Militarisierung der EU hinauszugehen. Die Bildung von politischen Bündnissen für die Durchsetzung progressiver Industriepolitik wird vermutlich mittelfristig – wie wir argumentiert haben – innerhalb der einzelnen Mitgliedsstaaten oder auf subregionaler Ebene einfacher sein, insbesondere angesichts des Einflusses mächtiger Kapitalgruppen auf EU-Ebene und der spezifischen Selektivität der EU. So schwierig dies auch sein mag, es wäre nicht nur eine wünschenswerte, sondern mittelfristig auch eine machbare Strategie, um eine progressive, sozial-ökologische Rekonstruktion und Transformation industrieller Produktionsstrukturen zur Überwindung der Spaltung Europas in Zentrum und Peripherie zu fördern.

Anmerkungen

- ¹ Die englische Originalversion dieses Artikels ist im Journal für Entwicklungspolitik 3/4 (2018) 108-142 erschienen.
- ² Warwick (2013); Rodrik (2008); Plank, Staritz (2013).
- ³ Europäische Kommission (2014a, 2017a); Ambroziak (2017).
- ⁴ Stiglitz et al. (2013) 6.
- ⁵ Warwick (2013) 10f.
- ⁶ Becker, Jäger (2010); Rehfeld, Dankbaar (2015) 496.
- ⁷ Rehfeld, Dankbaar (2015) 497.
- ⁸ Warwick (2013) 7.
- ⁹ Ebd.
- ¹⁰ Rehfeld, Dankbaar (2015) 494.
- ¹¹ Thie (2013).
- ¹² EGB (2015, 2017).
- ¹³ DGB (2012).
- ¹⁴ transform!europe (2015).
- ¹⁵ Gauthier, Benatouil (2014), siehe auch Ramírez, Benatouil (2014).
- ¹⁶ Pianta et al. (2016); Rosa-Luxemburg-Stiftung (2017).
- ¹⁷ EGB (2017) 3; Benatouil (2017) 23.
- ¹⁸ Gauthier, Benatouil (2014) 5f.; transform!europe (2015).
- ¹⁹ Troost (2017); DGB (2012).
- ²⁰ DGB (2012).
- ²¹ EGB (2017) 4, siehe auch Diem25 (o. J.) 9.

- ²² Benatouil (2017) 22.
²³ Euromemo (2017) 14.
²⁴ EGB (2017).
²⁵ EGB (2017) 3; siehe auch EGB (2011); Benatouil (2017) 22.
²⁶ Benatouil (2017) 21.
²⁷ Pianta et al. (2016) 28ff.
²⁸ Raza et al. (2016) 4.
²⁹ Chang, Andreoni (2016) 28, eig. Übersetzung.
³⁰ Raza et al. (2016).
³¹ Poulantzas (1978 [1974]); Sablowski (2010a).
³² Whitfield et al. (2015) 7; Evans (1995).
³³ Raza et al. (2016) 6.
³⁴ Chang, Andreoni (2016) 28ff.
³⁵ Brand (2013).
³⁶ Zum Beispiel wird eine umfassende sozial-ökologische Konversion der deutschen Automobilindustrie unmöglich sein, ohne gleichzeitig Automobilität auch als kulturelle, in vielen alltäglichen Praktiken verankerte Norm infrage zu stellen; vgl. Haas (2018).
³⁷ Opratko (2014); Raza et al. (2016) 8.
³⁸ Chang, Grabel (2004) 74f; Cimoli et al. (2008) 10; Pianta et al. (2016) 73.
³⁹ Chang, Andreoni (2016) 25ff.
⁴⁰ Becker (2006) 12ff, 23.
⁴¹ Sandbeck, Schneider (2014).
⁴² Durand (2017) 11.
⁴³ Bieler (2014).
⁴⁴ Las Heras (2015) 101f.
⁴⁵ Landesmann, Stöllinger (2018).
⁴⁶ Schmalz, Dörre (2014) 234.
⁴⁷ Rehfeld, Dankbaar (2015) 494.
⁴⁸ Vgl. z. B. Rodrik (2014), PAGE (2016).
⁴⁹ Rodrik (2014) 473, Europe 2020 (2010) 12.
⁵⁰ Brand, Wissen (2014).
⁵¹ Butzko, Hinterberger (2017) 28.
⁵² Rodrik (2014) 470f; PAGE (2016) 15f; Lütkenhorst et al. (2014) 10ff; Binder et al. (2001).
⁵³ Beispielsweise lässt sich zwar die Energie für Elektroautos regenerativ gewinnen, die Produktion von Elektroautos basiert jedoch auf der Nutzung letztlich endlicher materieller Rohstoffe, insbesondere die Herstellung von Batterien. Auch die Elektromobilität ist insofern kein Bereich, in dem sich „nachhaltiges“ bzw. vom Ressourcenverbrauch entkoppeltes Wachstum erzielen lässt.
⁵⁴ Jackson (2009).
⁵⁵ Butzko, Hinterberger (2017).
⁵⁶ So z. B. IPCC (2014) 3.
⁵⁷ Brand (2016) 25, eig. Übersetzung.
⁵⁸ Lütkenhorst et al. (2014), Sablowski (2010b).
⁵⁹ Candeias (2011); Röttger (2011); Blöcker (2014).
⁶⁰ Chang, Andreoni (2016) 32.
⁶¹ Demirović (2007); Vilmar, Sattler (1978).
⁶² Hirschel, Schulten (2011).
⁶³ Zinn (1976).
⁶⁴ AK, ÖGB (2015); EGB (2015); IGB (2016); Nübler (2011).
⁶⁵ Schmalz, Dörre (2014) 218.
⁶⁶ Frege, Kelly (2008) 181; Nachtwey (2017).

- ⁶⁷ Siehe z. B. Schmalz, Dörre (2014).
⁶⁸ Barrientos (2011) 323f.
⁶⁹ Chang (2013); Cimoli et al. (2008); Rodrik (2008, 2014); Stiglitz et al. (2013).
⁷⁰ Europäische Kommission (2014b) 96.
⁷¹ Bieler (2014) 123.
⁷² Aulenbacher (2010) 150.
⁷³ Tejani, Milberg (2016) 31ff, 45f.
⁷⁴ Kucera, Tejani (2014) 570, 578f.
⁷⁵ IGB (2016) 2; Seguino et al. (2010) 15; UNIDO (2015) 6.
⁷⁶ Z. B. Barrientos et al. (2011); Chang, Andreoni (2016) 42ff.
⁷⁷ Seers et al. (1979); Weissenbacher (2015).
⁷⁸ Siehe auch Schneider (2017) 27ff; Secchi (1982).
⁷⁹ Buch-Hansen, Wigger (2011); Landesmann, Stöllinger (2018) 27f.
⁸⁰ Becker et al. (2015) 87.
⁸¹ Sablowski et al. (2018).
⁸² Becker et al. 2015; Sablowski et al. 2018.
⁸³ Schneider, Syrovatka (2017).
⁸⁴ Becker et al. (2015) 92.
⁸⁵ Chang, Andreoni (2016) 15.
⁸⁶ Chassany (2017).
⁸⁷ Komlosy (2017), 35.
⁸⁸ Amin (1981) 535; Fischer (2016); Galtung (1983) 47ff; Kahn (1978) 23ff.
⁸⁹ Whitfield et al. (2015).
⁹⁰ Becker et al. (2015) 91, 93.
⁹¹ Eder (2016).
⁹² Ebendort 106ff.
⁹³ Wigger (2018).
⁹⁴ Europäische Kommission (2017b).
⁹⁵ Europäisches Parlament (2017).
⁹⁶ Europäische Kommission (2017b) 6; Europäisches Parlament (2017).
⁹⁷ Siehe zum Beispiel Wigger (2018).

Literatur

- Aulenbacher, Brigitte, Arbeit und Geschlecht – Perspektiven der Geschlechterforschung, in: Aulenbacher, Brigitte; et al. (Hrsg.), Soziologische Geschlechterforschung (Wiesbaden 2010) 141-155.
- Arbeiterkammer Österreich; Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB), Industriepolitik für Beschäftigung und langfristigen Wohlstand. Der Blick der ArbeitnehmerInnen auf den produzierenden Sektor in Österreich. Positionspapier (Wien 2015).
- Ambroziak, Adam A., The New Industrial Policy of the European Union. Contributions to Economics (Cham 2017).
- Amin, Samir, Some Thoughts on Self-reliant Development, Collective Selfreliance and the New International Economic Order, in: Grassman, Sven; Lundberg, Erik (Hrsg.), The World Economic Order: Past & Prospects (London 1981) 534-552.
- Barrientos, Stephanie; Gereffi, Gary; Rossi, Arianna, Economic and social upgrading in global production networks: A new paradigm for a changing world, in: International Labour Review 150/3-4 (2011) 319-340.
- Becker, Joachim, Metamorphosen der regionalen Integration, in: Journal für Entwicklungspolitik 22/2 (2006) 11-44.

- Becker, Joachim; Jäger, Johannes, Development Trajectories in the Crisis in Europe, in: *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 18/1 (2010) 5-27.
- Becker, Joachim, Blindstellen: ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU, in: *Prokla* 42/3 (2012) 467-476.
- Becker, Joachim; Jäger, Johannes; Weissenbacher, Rudy, Uneven and dependent development in Europe. The crisis and its implications, in: Jäger, Johannes; Springler, Elisabeth (Hrsg.), *Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures: Critical Political Economy and post-Keynesian perspectives* (London, New York 2015).
- Benatouil, Maxime, No alternative politics of European integration without a progressive European industrial policy, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), *Progressive Industrial Policy for the EU? Outmanoeuvring Neoliberalism* (Brüssel 2017) 17-24.
- Beigel, Fernanda, Das Erbe des lateinamerikanischen Dependensismo und die Aktualität des Begriffs der Abhängigkeit, in: *Journal für Entwicklungspolitik* 31(3) (2015) 11-38.
- Bewegung der Blockfreien, Aktionsprogramm für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Fünfte Konferenz der Staats- und Regierungschefs der blockfreien Länder in Colombo, August 1976, in: Khan, Khushi M.; Matthies, Volker (Hrsg.), *Collective Self-Reliance: Programme und Perspektiven der Dritten Welt* (München, London 1978) 171-194.
- Binder, Manfred; Jänicke, Martin; Petschow, Ulrich, *Green Industrial Restructuring* (Berlin, Heidelberg 2001).
- Bieler, Andreas, Transnational Labour Solidarity in (the) Crisis, in: *Global Labour Journal* 5/2 (2014) 114-133.
- Bieling, Hans-Jürgen; Brand, Ulrich, Competitiveness or Emancipation? Rethinking Regulation and (Counter-)Hegemony in Times of Capitalist Crisis, in: Albritton, Robert; Badeen, Dennis; Westra, Richard (Hrsg.), *The Future of Capitalism After the Financial Crisis. The Varieties of Capitalism Debate in the Age of Austerity* (London 2015) 184-204.
- Blöcker, Antje, *Arbeit und Innovationen für den sozial-ökologischen Umbau in Industriebetrieben* (Düsseldorf 2014).
- Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Lateinamerikas, Action Plan for Trade Development in the Joint Development Economic Zone of the ALBA-TCP (Caracas 2009).
- Brand, Ulrich, State, Context and Correspondence. Contours of a Historical-Materialist Policy Analysis, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 42/4 (2013) 425-442.
- Brand, Ulrich, Transformation as a New Critical Orthodoxy. The Strategic Use of the Term Transformation Does Not Prevent Multiple Crises, in: *GAIA* 25/1 (2016) 23-27.
- Brand, Ulrich; Wissen, Markus, Strategies of a Green Economy, contours of a Green Capitalism, in: Van der Pijl, Kees (Hrsg.), *Handbook of the International Political Economy of Production* (Northampton 2014) 508-523.
- Buch-Hansen, Hubert; Wigger, Angela, *The Politics of European Competition Regulation: A Critical Political Economy Perspective* (New York 2011).
- Buczko, Christina; Hinterberger, Fritz, Progressive industrial policy and the challenge of socio-ecological transformation, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), *Progressive Industrial Policy for the EU? Outmanoeuvring Neoliberalism* (Brüssel 2017) 25-36.
- Candeias, Mario, Konversion – Einstieg in einer öko-sozialistische Reproduktionsökonomie, in: Candeias, Mario; Rilling, Rainer; Röttger, Bernd; Thimmel, Stefan (Hrsg.), *Globale Ökonomie des Autos. Mobilität, Arbeit, Konversion* (Hamburg 2011) 253-274.
- Celi, Giuseppe/Ginzburg, Andrea/Guarascio, Dario/Simonazzi, Annamaria, Crisis in the European monetary union. A core-periphery perspective (London 2018).
- Chang, Ha-Joon, Comments on „Comparative Advantage: The Silver Bullet of Industrial Policy“ by Justin Lin and Célestin Monga, in: Stiglitz, Joseph E.; Lin, Justin (Hrsg.), *The Industrial Policy Revolution I. The Role of Government Beyond Ideology* (New York 2013) 39-42.

- Chang, Ha-Joon; Andreoni, Antonio, Industrial Policy in a Changing World: Basic Principles, Neglected Issues and New Challenges, in: Cambridge Journal of Economics 40 Years Conference (Cambridge 2016).
- Chang, Ha-Joon; Grabel, Ilene, Reclaiming Development. An Alternative Economic Policy Manual (London, New York 2004).
- Chassany, Anne-Sylvaine, Macron wants tougher EU on trade and foreign investment, in: Financial Times (11.5.2017); online: <https://www.ft.com/content/38e98f94-359b-11e7-99bd-13beb0903fa3> (zuletzt aufgerufen am 18.1.2018).
- Cimoli, Mario; Dosi, Giovanni; Stiglitz, Joseph E., Industrial Policy and Development. The Political Economy of Capabilities Accumulation (Oxford 2008).
- Demirović, Alex, Demokratie in der Wirtschaft. Positionen, Probleme, Perspektiven (Münster 2007).
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), A Marshall Plan for Europe. Proposal by the DGB for an economic stimulus, investment and development programme for Europe (Berlin 2012).
- Diem25, The EU will be democratised. Or it will disintegrate! Manifesto (o. J.).
- Durand, Cédric, Toward a Progressive Rejuvenation of Industrial Policy (Brüssel 2017).
- Eder, Julia Theresa, Trade and Productive Integration in ALBA-TCP – A systematic comparison with the corresponding agendas of COMECON and NAM, in: Journal für Entwicklungspolitik 32/3 (2016) 91-112.
- EuroMemo, Die Europäische Union: Gefahr der Desintegration (2017); online: http://www2.euromemorandum.eu/uploads/euromemorandum_2017_summary_german.pdf (zuletzt aufgerufen am 18.10.2018).
- Europäische Kommission, For a European Industrial Renaissance (Brüssel 2014a).
- Europäische Kommission, Statistical Data on Women Entrepreneurs in Europe (Brüssel 2014b).
- Europäische Kommission, Investing in a smart, innovative and sustainable Industry. A renewed EU Industrial Policy Strategy (Brüssel 2017a).
- Europäische Kommission, Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council establishing the European Defence Industrial Development Programme aiming at supporting the competitiveness and innovative capacity of the EU defence industry (= COM(2017) 294, 7.6.2017, 2017/0125 (COD), Brüssel 2017b).
- Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB), Resolution on industrial policies and worker participation (Brüssel 2011).
- Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB), Climate change, the new industrial policies and ways out of the crisis (Brüssel 2015).
- Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB), ETUC position paper. A renewed EU industrial policy – ETUC reaction (Brüssel 2017).
- Europäisches Parlament, Europe as a stronger global actor. European defence industrial development programme (Brüssel 2017); online: <http://www.europarl.europa.eu/legislative-train/theme-europe-as-a-stronger-global-actor/file-european-defence-industrial-development-programme> (zuletzt aufgerufen am 18.1.2018).
- Europe 2020, A European strategy for smart, sustainable and inclusive growth (Brüssel 2010).
- Evans, Peter, Embedded Autonomy. States and Industrial Transformation (Princeton, NJ, 1995).
- Fischer, Karin, Collective self-reliance: failed idea or still a valuable contribution worth considering? (= Konferenzpapier CPERN, Ljubljana 2017); online: https://www.researchgate.net/publication/304019955_Collective_self-reliance_failed_idea_or_still_a_valuable_contribution_worth_considering (zuletzt aufgerufen am 5.9.2017).

- Galtung, Johan, *Self-Reliance: Beiträge zu einer alternativen Entwicklungsstrategie* (München 1983).
- Gauthier, Elisabeth; Benatouil, Maxime, *Left Industrial Policy. Productive Transformation for Europe* (Wien 2014).
- Gräbner, Claudius/Heimberger, Philipp/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard, *Is Europe disintegrating? Macroeconomic divergence, structural polarization, trade and fragility*. ICAE Working Paper Series Nr. 64 (Linz 2017).
- Hirschel, Dierk; Schulten, Thorsten, *Mit Wirtschaftsdemokratie aus der Krise? Gewerkschaftliche Debatten über einen notwendigen Kurswechsel nach der Krise*, in: Meine, Hartmut; Schumann, Michael; Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.), *Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!* (Hamburg 2011) 86-97.
- Holman, Otto, *Integrating Southern Europe. EC Expansion and the Transnationalization of Spain* (London 1996).
- International Labour Organization (ILO), *Employment by sector – ILO modelled estimates* (Genf 2017).
- Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB), *ITUC Statement to the 14th UNCTAD Conference* (Brüssel 2016); online: https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ituc_statement_to_the_14th_unctad_conference_en.pdf (zuletzt aufgerufen am 20.4.2017).
- IPCC, *Climate Change 2014: Synthesis Report* (Genf 2014).
- Jackson, Tim, *Prosperity Without Growth. Economics for a Finite Planet* (London 2009).
- Jessop, Bob, *Dynamics of Regionalism and Globalism: A Critical Political Economy Perspective* (2012); online: http://www.ritsumei.ac.jp/acd/re/k-rsc/hss/book/pdf/vol05_02.pdf (zuletzt aufgerufen am 17.12.2016).
- Khan, Khushi M., „Collective Self-Reliance“ als Entwicklungsstrategie für die Dritte Welt, in: Khan, Khushi M.; Matthies, Volker (Hrsg.), *Collective Self-Reliance: Programme und Perspektiven der Dritten Welt* (München, London 1978) 1-26.
- Khan, Mushtaq, *Political Settlements and the Governance of Growth-Enhancing Institutions* (London 2010).
- Komlosy, Andrea, *Karneval der Geopolitik. Das Zentrum verordnet sich Protektion*, in: *Kurswechsel* 3 (2017) 26-41.
- Kucera, David; Tejani, Sheba, *Feminization, Defeminization, and Structural Change in Manufacturing*, in: *World Development* 64 (2014) 569-582.
- Landesmann, Michael; Stöllinger, Roman, *Structural Change, Trade and Global Production Networks: An „Appropriate Industrial Policy“ for Peripheral and Catching-Up Economies* (= Wiiw Policy Notes and Reports No. 21, Wien 2018).
- Las Heras, Jon, *Framing Labour Strategies in the European Automotive Industry: Any Inflection Point Ahoy?*, in: *Wirtschaft und Management* (Band 22: *Europe in Crisis: Challenges and Scenarios for Cohesion*). Fachhochschule des bfi Wien (Wien 2015) 95-111.
- Las Heras, Jon, *International Political Economy of Labour and collective bargaining in the automotive industry*, in: *Competition & Change* 22/3 (2018) 313-331.
- Lütkenhorst, Wilfried; Altenburg, Tilman; Pegels, Anna; Vidican, Georgeta, *Green Industrial Policy: Managing Transformation under Uncertainty* (=Diskussionspapier 28/2014, Deutsches Institut Für Entwicklungspolitik, Bonn 2014).
- Mamede, Ricardo; Mira Godinho, Manuel; Corado Simões, Vítor, *Assessment and challenges of industrial policies in Portugal*, in: Teixeira, Aurora A. C.; Silva, Ester; Mamede, Ricardo (Hrsg.), *Structural Change, Competitiveness and Industrial Policy. Painful lessons from the European periphery* (London 2014) 258-277.
- Nachtwey, Oliver, *Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne* (Berlin 2017) 181-233.
- Nübler, Irmgard, *Industrial Policies and Capabilities for Catching up: Frameworks and Paradigms* (= ILO Employment Working Paper No. 77, Genf 2011).
- Opratko, Benjamin, *Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci* (Münster 2014).

- Partnership for Action on Green Economy (PAGE), Practioner's Guide to Strategic Green Industrial Policy (SGIP) (Genf 2016).
- Pianta, Mario; Lucchese, Matteo; Nascia, Leopoldo, Industriepolitik in Europa. Welche Spielräume bietet der aktuelle Rechtsrahmen der EU für eine progressive Industriepolitik? (Brüssel 2016).
- Plank, Leonhard; Staritz, Cornelia, Renaissance der Industriepolitik – Irr- oder Königsweg? in: Kurswechsel 3 (2013) 74-91.
- Poulantzas, Nicos, Classes in Contemporary Capitalism (London 1978 [1974]).
- Poulantzas, Nicos, Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus (Hamburg 2002).
- Ramírez Pérez, Sigfrido; Benatouil, Maxime, From Industrial Policy to a European Productive Reconstruction (=transform!europe Discussion Paper No. 3, Wien 2014).
- Rat der Europäischen Union, Europäische Verteidigung: Rat legt Standpunkt zur vorgeschlagenen Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich (EDIDP) fest (= Presseaussendung, Brüssel 12.12.2017).
- Raza, Werner; Staritz, Cornelia; Grumiller, Jan, Framework to Assess Institutional Setups for Industrial Policies (Wien 2016).
- Rehfeld, Dieter; Dankbaar, Ben, Industriepolitik. Theoretische Grundlagen, Varianten und Herausforderungen, in: WSI-Mitteilungen 7 (2015) 491-499.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung, Progressive Industrial Policy for the EU? Outmanoeuvring Neoliberalism (Brüssel 2017).
- Rodrik, Dani, Normalizing Industrial Policy (= Commission on Growth and Development Working Paper Nr. 3, International Bank for Reconstruction and Development, The World Bank, Washington, D. C., 2008).
- Rodrik, Dani, Green Industrial Policy, in: Oxford Review of Economic Policy 30/3 (2014) 469-491.
- Röttger, Bernd, Betriebliche Konversion, in: Candeias, Mario; Rilling, Rainer; Röttger, Bernd; Thimmel, Stefan (Hrsg.), Globale Ökonomie des Autos. Mobilität. Arbeit. Konversion (Hamburg 2011) 241-252.
- Sablowski, Thomas, Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie und der Staat bei Poulantzas, in: Demirović, Alex; Adolphs, Stephan; Karakayali, Serhat (Hrsg.), Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas (Baden-Baden 2010a).
- Sablowski, Thomas, Konsumnorm, Konsumweise, in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus 7/II (Hamburg 2010b) 1642-1654.
- Sablowski, Thomas; Schneider, Etienne; Syrovatka, Felix, Zehn Jahre Krise. Regulation des Lohnverhältnisses und ungleiche Entwicklung in der Europäischen Union, in: Prokla 192 (2018) 357-379.
- Sandbeck, Sune; Schneider, Etienne, From the Sovereign Debt Crisis to Authoritarian Statism: Contradictions of the European State Project, in: New Political Economy 19/6 (2014) 847-871.
- Schmalz, Stefan; Dörre, Klaus, Der Machtressourcenansatz: Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens, in: Industrielle Beziehungen 21/3 (2014) 217-237.
- Schneider, Etienne, Raus aus dem Euro – rein in die Abhängigkeit? Perspektiven und Grenzen alternativer Wirtschaftspolitik außerhalb des Euro (Hamburg 2017).
- Schneider, Etienne; Syrovatka, Felix, Die Zukunft der europäischen Wirtschaftsintegration. Blockierte und wachsende Asymmetrie zwischen Deutschland und Frankreich, in: Prokla 189 (2017) 653-673.
- Secchi, Carlo, Impact on the Less Developed Regions of the EEC, in: Seers, Dudley; Vaitos, Constantin; Kiljunen, Marja-Liisa (Hrsg.), The Second Enlargement of the EEC. The Integration of Unequal Partners (London, Basingstoke 1982) 176-189.

- Seers, Dudley; Vaitsos, Constantin; Kiljunen, Marja-Liisa (Hrsg.), *The Second Enlargement of the EEC. The Integration of Unequal Partners* (London/Basingstoke 1982).
- Seguino, Stephanie; Berik, Günseli; van der Meulen Rogers, Yana, *An Investment that pays off. Promoting Gender Equality as a Means to Finance Development* (Berlin 2010).
- Stiglitz, Joseph E.; Justin Yifu Lin; Monga, Celestin, *The Rejuvenation of Industrial Policy* (= The World Bank Policy Research Working Paper 6628, Washington, D. C., 2013).
- Tejani, Sheba; Milberg, William, *Global Defeminization? Industrial Upgrading and Manufacturing Employment in Developing Countries*, in: *Feminist Economics* 22/2 (2016) 24-54.
- Thie, Hans, „Mehr Industriepolitik“ ist im ökologischen Zeitalter die falsche Formel, in: *Kurswechsel* 3 (2013) 86-91.
- transform!europe, *Towards Europe's Productive Transformation – an Emergency For an Alternative Industrial Policy* (=transform!europe Discussion Paper 1/2015, Wien 2015).
- Troost, Axel, *Industrial policy for Europe – a topic for the political left?* in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), *Progressive Industrial Policy for the EU? Outmanoeuvring Neoliberalism* (Brüssel 2017) 77-84.
- United Nations Industrial Development Organization (UNIDO), *Gender Equality and Empowerment of Women Strategy, 2016-2019* (New York 2015); online: https://www.unido.org/fileadmin/user_media/PMO/GC.16/GC.16_8_E_Gender_Equality_and_Empowerment_of_Women_Strategy__2016-2019.pdf (zuletzt aufgerufen am 5.1.2018).
- Vilmar, Fritz; Satler, Karl-Otto, *Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit. Systematische Integration der wichtigsten Konzepte* (Köln, Frankfurt am Main 1978).
- Warwick, Ken, *Beyond Industrial Policy* (=OECD Science, Technology and Industry Policy Paper No. 2, Paris 2013).
- Weissenbacher, Rudy, *Periphere Integration und Desintegration in Europa: Zur Aktualität der „Europäischen Dependenzschule“*, in: *Journal für Entwicklungspolitik* 31/3 (2015) 86-111.
- Wigger, Angela (2018): *The new EU industrial policy: authoriarian neoliberal structural adjustment and the case for alternatives*. In: *Globalizations*. <https://doi.org/10.1080/14747731.2018.1502496>
- Whitfield, Lindsay; Therikildsen, Ole; Buur, Lars; Kjaer, Anne Mette, *The Politics of African Industrial Policy. A Comparative Perspective* (Cambridge 2015).
- Zinn, Karl Georg, *Investitionskontrollen und -planung*, in: Sarrazin, Thilo (Hrsg.), *Investitionslenkung. „Spielwiese“ oder „vorausschauende Industriepolitik“?* (Bonn, Bad Godesberg 1976) 15-24.

Zusammenfassung

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Diskussion über Industriepolitik neu belebt. Angesichts der strukturellen Ungleichgewichte in der Europäischen Union wurde Industriepolitik von verschiedenen Seiten als Weg aus der Krise und zur Reduzierung ungleicher Entwicklung ins Spiel gebracht. Von linker Seite wurden Konzepte für eine „progressive“ Industriepolitik mit mehrheitlich postkeynesianischer Orientierung erarbeitet. Aber inwiefern ist eine Industriepolitik mit dieser Orientierung tatsächlich „progressiv“? Nach einer Einführung in die Schlüsselannahmen und -vorschläge in der Diskussion über progressive Industriepolitik leistet der Artikel drei spezifische Beiträge zu dieser lebendigen Debatte: Erstens erweitern wir die aktuelle Debatte um die Dimension der politischen Durchsetzungsfähigkeit sowie Fragen zu Machtbeziehungen und Hegemonie. Zweitens beginnen wir häufig verwendeten Schlagwörtern der aktuellen Debatte wie ökologischer

Nachhaltigkeit, ArbeiterInnenbeteiligung und demokratischer Partizipation sowie Geschlechtersensibilität einen konkreteren Inhalt zu geben. Und drittens diskutieren wir vor dem Hintergrund der Zentrum-Peripherie-Beziehungen innerhalb der EU, was die aktuelle Debatte von Erfahrungen aus dem globalen Süden lernen kann. Unsere Schlussfolgerung ist, dass progressive Industriepolitik zwar einen Ausweg aus der ungleichen europäischen Entwicklung darstellen kann, aber dass die Ausarbeitung und Umsetzung einer tatsächlich progressiven Industriepolitik auf europäischer Ebene vor enormen Schwierigkeiten steht. In vielerlei Hinsicht lässt die nationale und subregionale Ebene nach wie vor mehr Spielraum als die supranationale.

Abstract

Since the global economic and financial crisis, industrial policy has enjoyed a stunning revival. In the face of the structural imbalances in the European Union, different sides have proposed industrial policy as a way to overcome the crisis and to reduce unequal development. Left forces elaborated concepts of "progressive" industrial policy, mainly with a post-Keynesian orientation. However, does this orientation make industrial policy genuinely progressive? After introducing the key rationales and proposals, this paper makes three specific contributions to the lively current debate on progressive industrial policy: (1) adding the dimension of politics, power relations and hegemony to the discussion of progressive industrial policy; (2) starting the process of substantiating buzzwords of the current debate, such as ecological sustainability, labour and democratic participation, and gender-sensitivity and (3) taking into account the question of core-periphery relations within the EU and what can be learned from debates on the Global South. We conclude that progressive industrial policy may constitute a remedy for Europe, but that the development of a genuinely progressive industrial policy on a regional scale faces multiple difficulties. In many respects, the national and subregional level still seems to leave more room for manoeuvre than on the EU level.

Schlüsselworte: Industriepolitik, progressive Industriepolitik, Eurokrise, ungleiche europäische Entwicklung, Collective Self-Reliance, sozial-ökologische Transformation, soziale Kräfteverhältnisse, Süd-Süd-Kooperation.

JEL classifications: L5, O25, F15, L6.